

AKTEURE DER (EXTREMEN) RECHTEN ALS SPRECHER DER RUSSLANDDEUTSCHEN? EINE EXPLORATIVE ANALYSE

TATIANA GOLOVA

»Bernau – Ein etwa 12 Jahre alter Russlanddeutscher ist am Wochenende auf dem Bahnhof von Bernau von zwei Rechtsradikalen attackiert und zusammengeschlagen worden. Die beiden inzwischen in Untersuchungshaft sitzenden Tatverdächtigen [...] hatten zuvor ausländerfeindliche Parolen skandiert und dann Jagd auf eine Gruppe von russischen Spätaussiedlern gemacht [...]. Bis auf den Jungen konnten alle flüchten. Den rissen die beiden Täter zu Boden, schlugen ihm mit Fäusten ins Gesicht und traten ihn in den Bauch [...]. Über die Schwere der Verletzungen wurde bis gestern nichts bekannt, da der Junge vor Eintreffen der Polizei verschwunden war.«

(Berliner Morgenpost 17.06.2003)

Die Opfer des ausländerfeindlichen Übergriffs waren mit hoher Wahrscheinlichkeit Deutsche – deutsche Neonazis überfielen also Deutsche aus rassistischen Gründen. Diese Widersprüchlichkeit hat mich dazu bewegt, mich mit den Bildern von Russlanddeutschen bei diversen Akteuren der extremen Rechten zu beschäftigen. Im Laufe der Recherche stieß ich jedoch auf die Überschrift »Rußlanddeutsche Aktivitäten im nationalen Widerstand« (Störtebeker-Netz 2002).¹ Die Ergebnisse meiner daraufhin angestellten Nachforschungen ließen mich von meinem ursprünglichen Konzept abweichen. Es zeigte sich nämlich, dass die Russlanddeutschen sich nicht nur als passive Objekte im Blickfeld rechtsextremer Diskurse befinden, sondern zugleich von diesen angesprochen werden oder diese teilweise gar selbst produzieren.

Mein Artikel zielt nicht darauf ab, bei den ohnehin stigmatisierten Aussiedlern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion auch noch eine rechte Gefahr zu entdecken, sondern geht der Frage nach, inwieweit die Parteien »rechts der CDU« die Funktion politischer Vertretung für die »Deutschen aus Russland« übernehmen wollen und können. Diese Frage ist nicht rein scholastischer Natur, da es sich bei den Aussiedlern um eine zahlenstarke und mit politischen Rechten ausgestattete Gruppe handelt, die von den etablierten Parteien jedoch – wie im Text ge-

1 In dem enthaltenen Brief bezieht sich der russlanddeutsche Neonazi W. Peters u.a. positiv auf die später in meinem Text erwähnte Zeitung *Heimat/Rodina*.

zeigt wird – mangelhaft repräsentiert wird und zudem den Ruf hat, rechts bzw. rechtskonservativ zu wählen.

Zunächst werde ich das politische Verhalten der Aussiedler beschreiben und die Problematik ihrer politischen Vertretung umreißen. Darauf folgend stelle ich die Mobilisierungsversuche seitens der Akteure der (extremen) Rechten dar, und zwar im Zusammenhang mit den jeweiligen Diskursen über die Russlanddeutschen. Abschließend wird an einem Beispiel die Entstehung faschistoider Identitätsangebote innerhalb der russlanddeutschen *community* dargestellt.

Politisches Verhalten der Aussiedler

Politisches Verhalten und politische Einstellungen der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion wurden in wissenschaftlichen Diskursen bisher nur selten beleuchtet (speziell über die jugendlichen Aussiedler Gallius 2003: 88). Es gibt nur einzelne Studien, die sich auf der Grundlage empirischer Daten mit dem politischen Verhalten der Aussiedler auseinandersetzen (vor allem Wüst 2002; Kunschner 2000; Dietz/Roll 1998). Diese stillschweigende Entpolitisierung der Aussiedler bedeutet eine systematische Vernachlässigung der politischen Dimension der Integration in soziologischen Diskursen. Die Gründe hierfür liegen womöglich auch in der *common-sense*-Vorstellung, die Aussiedler seien (per se) CDU/CSU-Wähler; dementsprechend habe es wenig Sinn, sich damit auseinanderzusetzen. Der Inhalt dieser Behauptung wird zwar durch empirische Daten gestützt, doch es wäre zu fragen, ob dieser Sachverhalt nicht (im Sinne einer *self-fulfilling prophecy*) das Resultat der ›Naturalisierung‹ selbst und der mit ihnen zusammenhängenden Vernachlässigung der Aussiedler durch andere politische Kräfte ist.

Nach den Ergebnissen der Untersuchung von Andreas Wüst² ist die dominante Form politischer Partizipation bei den Aussiedlern aus

- 2 Die Arbeit, die sich primär mit dem Wahlverhalten der Neubürger beschäftigt, hat zwei empirische Grundlagen: das Screening-Verfahren auf Bundesebene im Rahmen des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen und eine vom Autor organisierte Befragung auf der Grundlage einer Melderegisterstichprobe in Heidelberg (Wüst 2002: 27f.). Beide Erhebungen fanden 1999 statt. Die Differenzierung nach Ländergruppen erlaubt Aussagen über die Aussiedler aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten.

der ehemaligen Sowjetunion eindeutig die Beteiligung an Wahlen. Alle anderen Formen, sowohl konventionelle als auch demonstrative, sind auffallend wenig verbreitet – und zwar im Vergleich zu anderen Neubürgern ebenso wie zu gebürtigen Deutschen (Wüst 2002: 171-174). Dies wird von einem niedrigen Grad politischer Informiertheit der Aussiedler begleitet (ebd.: 136).

Auffällig ist zudem eine langfristige Parteiidentifikation, die überwiegend der CDU gilt (ebd.: 148f., 153f.). Nach Daten des Politbarometers nimmt diese Orientierung – die im Übrigen auch bei jugendlichen Aussiedlern anzutreffen ist (Dietz/Roll 1998: 132) – seit Ende der 1990er Jahre zwar ab, doch konnte bisher keine andere politische Kraft davon profitieren (Wüst 2003: 36). Es bleibt festzuhalten, dass die meisten der Aussiedler, die nicht langfristig an die Union gebunden sind, sich auch mit keiner anderen Partei identifizieren (ebd.; Wüst 2002: 154f.). Auch beim Wahlverhalten der Aussiedler wird eine deutliche Unions-Präferenz beobachtet, die sich zwar zwischen 1999 und 2002 abgeschwächt hat, jedoch immer noch bei ca. drei Vierteln der gültigen Stimmen liegt (Wüst 2002: 192f.; Wüst 2003: 36).³ Die Ergebnisse der Studie von Friedhelm Kunschner bestätigen dieses Verteilungsmuster: Die überwiegende Mehrheit der gültigen Stimmen geht an die CDU, die anderen Parteien spielen eine untergeordnete Rolle. Obgleich sich die Aussiedler bei ihren ersten Wahlen häufiger der Stimme enthalten als die Einheimischen, steigt ihre Wahlbeteiligung später doch an, wovon vor allem die CDU profitiert (Kunschner 2000: 18).⁴

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Bindung an die Union bei den Aussiedlern aus der Sowjetunion tatsächlich stark ausgeprägt ist und bisher von keiner anderen politischen Kraft angefochten werden konnte.

3 Anzumerken ist, dass der Migrationshintergrund seine hohe Signifikanz auch unter Berücksichtigung anderer soziodemografischer Variablen behält (Wüst 2003: 203).

4 Kunschner (2000: 116f.) analysiert die Wahlergebnisse bei den Landtags- und Bundestagswahlen 1994 und 1998 in vier Wahlbezirken mit hohem Aussiedler-Anteil (zwei in Lahr und zwei weitere in Kirchberg). Durch die Analyse der Verteilungsdifferenzen vor und nach dem massiven Zuzug der Aussiedler extrahiert er annähernd deren Wahlverhalten.

Vertretung durch die Parteien

Während also die politische Gebundenheit der Aussiedler an die Union eindeutig erkennbar ist, orientiert sich die Union schon lange nicht mehr in gleichem Maße an den Belangen der Aussiedler. Schon als die frühere CDU/CSU/FDP-Bundesregierung auf der symbolischen Ebene eine Willkommenspolitik verfolgte (»Das Tor bleibt offen«), stand diese im Widerspruch zu ihrer tatsächlich implementierten *policy*: De facto vollzog sich nämlich ab Ende der 1980er Jahre ein Paradigmenwechsel hin zur Unterstützung der Russlanddeutschen in ihren Herkunftsgebieten und zur Begrenzung ihrer Einreise nach Deutschland (Kunschner 2000: 122f.; vgl. Bade 1994: 149). Zu diesem Zeitpunkt nahm die Zahl der einreisenden Aussiedler sprunghaft zu und ließ damit die Grundlage der »beschwörende[n] Erinnerung an die scheinbar unerfüllbaren Ausreisewünsche« hinter sich, welche zum festen Repertoire bundesdeutscher Ostpolitik gehörte (Bade 1994: 148). Die Umorientierung der Politik vollzog sich vor dem Hintergrund eines Stimmungsumschwungs in der einheimischen Bevölkerung, die nun nicht mehr primär von Aufnahmebereitschaft, sondern – was zahlreiche Umfragen aus dieser Zeit dokumentieren (Schneider 1996; Bade 1994: 168, 171)⁵ – zunehmend von Ablehnung und Sozialneid geprägt war.

Kunschner (2000: 123) beschreibt die Linie der CDU als eine Doppelstrategie, »die einerseits darauf abzielt, der bundesdeutschen Stimmung Rechnung zu tragen (um keine Stimmen zu verlieren), und andererseits bemüht ist, sich als Interessenvertreter der Aussiedler darzustellen (um Stimmen zu gewinnen)«. In den letzten Jahren scheint die CDU sich seltener als Vertreterin der Aussiedler zu positionieren: Entsprechende Äußerungen reduzieren sich weitgehend auf »aussiedlerspezifische« Gelegenheiten, wie etwa den Auftritt des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl auf dem Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 (Junge Freiheit 05.06.1998). Auch im Rahmen der Debatte um das Zuwanderungsgesetz traten die Unionsvertreter zwar für die Aussiedler ein (z.B. in puncto Sprachtests für Familienangehörige), doch war diese Positionierung auf das Feld der professionellen Politik be-

5 Wobei hier die Kritik von Patrick Champagne (1991: 522-525) an Umfragen als Machttechnologien zu bedenken ist: Sie bieten den politischen Akteuren die Möglichkeit, durch die Inszenierung der Ergebnisse die gewünschte Meinungsänderung zu erwirken.

grenzt und wurde nur sehr zurückhaltend in die breitere Öffentlichkeit getragen. Beim Vorsitzenden der Arbeitsgruppe »Vertriebene und Flüchtlinge« der CDU/CSU-Bundestagsfraktion heißt es zwar: »Der Sprachtest [für Familienangehörige und Abkömmlinge] wird wiederholbar sein. [...] Hier hat die Union viel für die Aussiedlerfamilien erreicht« (Marchewski 2004). In der offiziellen Mitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Ergebnissen des Vermittlungsausschusses werden die Aussiedler dagegen mitunter als ein Teil des Problems »Belastung durch Einwanderer« aufgefasst: Die »[j]etzt vorgesehene Steuerung und Begrenzung« durch verbindliche Standards bei der Sprachkompetenz von Ehegatten und Abkömmlingen verhindere einen »weiteren Zuzug in die Sozialsysteme« (CDU/CSU 2004). Auch die angesprochene aussiedlerfreundliche Haltung im Vermittlungsausschuss selbst galt vermutlich weniger den individuellen Aussiedlern als vor allem der Verteidigung des Differenzierungsprinzips im Hinblick auf die deutsche Volkszugehörigkeit.⁶

Die Position der gegenwärtigen rot-grünen Regierungskoalition im Rahmen dieser Debatte leitet sich demgegenüber aus der vorherrschenden Wahrnehmung der Aussiedler als »gewöhnliche« Zuwanderer ab, die somit im allgemeinen Kontext der Migration und nicht der deutschen Volkszugehörigkeit verortet werden (vgl. Kunschner 2000: 123). Den Mittelpunkt der Aussiedler-Politik der SPD bilden die Integrationsmaßnahmen für die schon eingereisten Aussiedler, die durch die Einschränkung der Zuwanderung weiterer Aussiedler begleitet und unterstützt werden müsse (vgl. Welt 2004). Die begrenzenden Maßnahmen, wie z.B. das Wohnortzuweisungsgesetz, wurden vielfach noch von der konservativ-liberalen Koalition übernommen. Allerdings ist das Identitätsangebot der SPD an die Aussiedler weniger verlockend als das der Union, denn es identifiziert diese nicht mehr als »ohnehin Dazugehörige« sondern als »normale« Migranten, von denen ein Wille zur Integration verlangt wird. Die verbreitete Vorstellung von der aussiedlerfeindlichen SPD-Politik bezieht sich auf das schon genannte Differenzierungsprinzip der deutschen Volkszugehörigkeit: Im Falle des Zuwanderungsgesetzes kann beispielsweise die Angleichung der Sprachförderung als eine Herabstufung der Aussiedler auf das Niveau von Ausländern interpretiert werden. Im Gesamtzusammenhang der

6 Zweckdienlich war in dieser Hinsicht eben auch der Grundsatz, die Aussiedler – da keine Ausländer – gehörten erst gar nicht in die Zuständigkeit des Zuwanderungsgesetzes.

Migration bedeutet sie hingegen den Abbau einer ungerechten Bevorzugung einer Einwanderergruppe gegenüber den anderen.⁷

In Anlehnung an Pierre Bourdieu ist der Konflikt um die Deutungen ›Aussiedler als Deutsche‹ und ›Aussiedler als Migranten‹ als symbolischer Kampf zu betrachten. Im symbolischen Kampf geht es um die Gestaltung der sozialen Welt mittels der Durchsetzung einer Sicht auf diese Welt – oder genauer: um die Konservierung oder Veränderung der Klassendifferenzierung mittels der Konservierung oder Veränderung des Klassifikationsprinzips (Bourdieu 1991: 496). In diesem konkreten Fall handelt es sich um die – hierarchische (denn es geht um den Zugang zu politischen Rechten) – Unterscheidung zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern nach dem Prinzip der Abstammung (Volkszugehörigkeit) bzw. des Geburtsortes (Migration).

Das Konzept ermöglicht eine weitere Interpretation der überwiegend konservativen politischen Orientierung der Aussiedler. Diese Orientierung geht nicht nur auf deren subjektive ›Dankbarkeit‹ (eine Erklärung, die dieses Verhalten auf das emotional-vorpolitische Niveau zurückstufte) oder auf die konservative Wertestruktur zurück – wobei dieses Argument durchaus ernst zu nehmen ist. Vielmehr unterstützen die Aussiedler durch ihre Stimmenabgabe dasjenige Klassifikationsprinzip, das ihnen einen objektiven Vorteil bietet, etwa indem es sie mit politischen Rechten ausstattet.⁸ Die überwiegende Mitte-Rechts-Ausrichtung der Aussiedler hat ihre Gründe folglich nicht nur in deren Einstellungen, sondern auch in der bis heute herausragenden Rolle des ›völkischen‹ Abstammungsprinzips in der bundesdeutschen Politik. Mit den Unionsparteien unterstützen die Aussiedler mehrheitlich jene politische Kraft, von der anzunehmen ist, dass sie diese Dominanz auch weiter verteidigen wird.

Demgegenüber geht die geringe Attraktivität der SPD für die Aussiedler wahrscheinlich weniger auf die direkte Ablehnung zurück, die

7 Der vergleichsweise leichte Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft und hiermit des Rechtes auf politische Gleichheit bleibt den Aussiedlern und deren Familienmitgliedern vorbehalten.

8 Die Vorteile auf Seiten der CDU/CSU wiederum können nicht auf den ›Wählerimport‹ reduziert werden. Durch die Einbürgerung der »Deutschstämmigen« wird das von der Union favorisierte Differenzierungsprinzip (die Zusammensetzung des Souveräns nach der Volkszugehörigkeit) in seiner Wirksamkeit bestätigt und hiermit ihre Position im politischen Feld gestärkt.

sie durch einzelne sozialdemokratische Politiker erfahren, als vielmehr auf die wahrnehmbare Distanz der SPD zum ›völkischen‹ Abstammungsprinzip. Allerdings bleibt auch die Parteinahme der Union für die Aussiedler weitgehend auf das Festhalten an diesem Kriterium beschränkt – zu bedenken sind die im Konkreten restriktiv gewordene Zuwanderungspolitik sowie die weitgehende öffentliche Zurückhaltung der Unionsparteien gegenüber den Aussiedlern. Offenbar interessiert sich die Union mehr für das Volkszugehörigkeitsprinzip als für die von ihm profitierenden Menschen.

Letztlich vertritt keine der etablierten Parteien (auch nicht Die Grünen oder die FDP; vgl. Kunschner 2000: 121, 123), weder auf der symbolischen noch auf der praktischen Ebene die Interessen der Aussiedler aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Dabei verfügen diese durchaus über politische Ressourcen: Das aktive und das passive Wahlrecht geben ihnen die Möglichkeit zu institutionalisierter politischer Partizipation,⁹ die sie – im Fall des aktiven Wahlrechts (siehe oben) – auch nutzen. Allerdings erwächst hieraus kaum eine wirksame politische Einflussnahme. Die Russlanddeutschen können ihre Wählerstimmen nicht effizient gegen eine politische Vertretung ihrer Interessen eintauschen.

Problematik der politischen Entfremdung

Die Problematik der politischen Vertretung der Aussiedler lässt sich gut im Rahmen des entsprechenden Konzepts von Pierre Bourdieu verdeutlichen. Er begreift die Vertretung als eine zirkuläre Beziehung: Der Repräsentant verdankt seine Existenz und Stellung im politischen Feld der von ihm vertretenen Gruppe. Aber auch die repräsentierte Gruppe existiert als solche durch den symbolischen Akt der Repräsentation (Bourdieu 1992: 175). Erst durch die Delegation des Rechtes, für sich zu sprechen, d.h. durch die ›Vergegenständlichung‹ in einer Organisation, wird das Konglomerat der sich in einer ähnlichen Lage befindenden Individuen zu einem sozialen Akteur, der im politischen Feld agiert (ebd.: 178).

Tatsächlich agieren dabei natürlich seine Repräsentanten, denn

9 Dies stellt einen großen Vorteil gegenüber anderen Einwanderern bzw. deren einheimischen Nachkommen ohne deutsche Staatsbürgerschaft dar (vgl. Kunschner 2000: 114).

das Feld der professionellen politischen Produktion ist nicht nur den anderen Feldern, sondern auch den Laien gegenüber weitgehend autonom. Das Verhältnis der Mandanten zu ihrem Repräsentanten ist dementsprechend weniger als determinierende Beziehung von Ursache und Wirkung zu verstehen, so dass die Position des Repräsentanten im politischen Feld durch den Willen der Mandanten bestimmt wäre. Vielmehr wird diese Position in hohem Maße von Konkurrenzbeziehungen zwischen den Repräsentanten selbst bestimmt (Bourdieu 1991: 497f.). So vertrat etwa die CDU im Falle des Zuwanderungsgesetzes symbolisch die Interessen der Aussiedler, tat dies aber in erster Linie im Rahmen des symbolischen Kampfes mit der SPD um das Zugehörigkeitsprinzip.

Der Delegationsbeziehung ist die Entfremdung zwischen dem Repräsentanten und den Repräsentierten stets als Möglichkeit immanent, denn Letztere müssen Ersteren reden lassen, ohne im Einzelnen bestimmen zu können, was er sagt. Je mehr die Mandanten ihrem Repräsentanten einen ›Blankoscheck‹ zum Sprechen in ihrem Namen ausstellen, desto mehr liefern sie sich ihm aus und laufen Gefahr, die Kontrolle über ihre eigene Gruppe zu verlieren. Und je mehr den in der bestehenden sozialen Ordnung benachteiligten Individuen die notwendigen ökonomischen und vor allem kulturellen Ressourcen zur aktiven Teilnahme an der Politik fehlen, desto mehr sind sie darauf angewiesen, dieses Risiko einzugehen und andere für sich sprechen zu lassen, sofern sie nicht gänzlich schweigen¹⁰ wollen: »Keine Aufhebung politischer Entfremdung ohne Risiko politischer Entfremdung!« (Bourdieu 1992: 175; vgl. ebd.: 175-178)

In einer solchen Situation der Benachteiligung befindet sich ein großer Teil der Aussiedler. Ihr in den Herkunftsländern erworbenes kulturelles Kapital ist in der Bundesrepublik nicht ohne weiteres gültig; es sind sowohl die Erweiterung der Sprachkenntnisse als auch ein Ausbau bzw. eine Anerkennung der beruflichen Qualifikation erforderlich, die insbesondere bei Akademikern problematisch ist. Das Fehlen der speziellen Kompetenzen im Bereich politischer Partizipation, das Kunschner (2000: 114f.) als Grund für die zurückhaltende Nutzung der Möglichkeiten zur politischen Teilhabe nennt und das er auf die undemokratische politische Kultur der Sowjetunion zurückführt, sollte dagegen, angesichts eines bemerkenswerten Grades an politischer Or-

10 Das viel beschworene Phänomen der Politikverdrossenheit (vgl. Bourdieu 1991: 489f.).

ganisierung von Sowjetdeutschen während der Perestrojka, nicht überbewertet werden.

Die Konkurrenz unter den Professionellen der Politik ist ausschlaggebend dafür, inwieweit die Laien der Entfremdungsgefahr entkommen können: Je ausgeprägter die Konkurrenz ist, desto größer ist tendenziell auch die Homologie zwischen den Positionen im politischen Feld und jenen der Klienten im sozialen Raum. Damit steigt auch die Chance dafür, dass die Interessen Letzterer zur Geltung kommen, denn die Professionellen brauchen unter den Bedingungen der repräsentativen Demokratie zur Beteiligung an der politischen Macht die Legitimation durch die politische Mobilisierung ihrer Klienten (Bourdieu 1991: 496-498).

Die Interessen der Außenseiter, z.B. der Angehörigen stigmatisierter Ethnien, können nur insoweit zur politischen Repräsentation gelangen, als sie zum Einsatz des politischen Kampfes zwischen verschiedenen Kräften werden (ebd.: 501). Bezog sich Bourdieu mit dieser These speziell auf die inneren Konflikte im Unterfeld der Linksparteien, so scheint mir dahinter jedoch eine Logik zu stehen, die allgemeine Gültigkeit hat: Wenn nur ein potenzieller Vertreter bzw. »Anführer« Interesse an einer Paria-Gruppe zeigt, dann müssen diese Parias sich ihm »ausliefern«, denn sie können durch die Androhung des Legitimationsentzuges für ihren Vertreter keine effektive Interessenvertretung erzwingen. Da diese (latente) Drohung üblicherweise gerade durch die Bezugnahme auf einen potenziellen alternativen Repräsentanten realisiert wird, ist sie im Fall einer verachteten Gruppe schlicht unglaublich (vgl. Bourdieu 1992: 179): Wer keine Wahl hat, hat de facto auch keine Einflussmöglichkeiten.

Ist die Repräsentation für die Individuen immer mit dem Entfremdungspotenzial verbunden, so kommt es im dargestellten Fall der »Wahlen ohne Wahl« in besonderem Maße dazu. Die Russlanddeutschen delegieren ihre Stimmen an die CDU, kommen dadurch aber dennoch nicht zur Sprache und werden folglich auch nicht zu Subjekten der Politik. Ein spezieller Grund für diese Situation ist vermutlich in der zum *common sense* gehörenden Vorstellung zu suchen, dass Aussiedler unerschütterliche CDU-Anhänger seien. Unter diesen Umständen erscheint es anderen politischen Akteuren als weitgehend aussichtslos, sich durch eine entsprechende Positionierung für die Aussiedler attraktiv machen zu können. Die »Naturalisierung« dieser Identifikation in der öffentlichen Wahrnehmung übt folglich zusätzlichen Druck auf die Aussiedler aus, sich den Unions-Parteien bedingungslos

auszuliefern. Hierdurch wiederum wird die politische Entfremdung zwischen ihnen und ›ihren Repräsentanten‹ verstärkt.

Eine weitaus größere Rolle dürfte dabei allerdings die erhebliche Stigmatisierung der Aussiedler spielen, die für politische Akteure eine symbolische Positionierung zu deren Gunsten unvorteilhaft erscheinen lässt: Nicht nur, dass sich andere Wähler von der Partei abwenden könnten, sondern auch die eigene Reputation – das A und O des politischen Kapitals – könnte durch die Verbindung mit einer geschmähten Gruppe dauerhaft beschädigt werden.

Aussiedler – kein guter Name

Aussiedler sind in der Bundesrepublik häufig mit einer »Gruppenschande« (Elias/Scotson 1993: 16f.) belegt: Gruppennamen wie »Aussiedler«, »Russlanddeutsche« oder »Russen« – und mit ihnen die so bezeichneten Menschen – werden mit negativen Eigenschaften wie z.B. moralischer Verworfenheit verknüpft (vgl. Goffman 1972). Diese Verbindung ist auch in den Medien, vom *Spiegel*¹¹ bis zur konservativen *Welt am Sonntag*¹², präsent. So sendete das renommierte Fernseh-Magazin *Panorama* am 18. April 2002 einen Bericht mit dem Titel »Dealen statt Deutschkurs – Zunehmende Kriminalität bei Spätaussiedlern«. Das Bild des ›kriminellen Aussiedlers‹ ist in der medialen Öffentlichkeit weit verbreitet. Doch nicht nur den Kriminalitätsvorwurf, sondern auch andere klassische rassistische Argumentationsmuster, wie etwa die Bedrohung durch Krankheiten, findet man in der öffentlichen Berichterstattung: »In Russland wütet eine Tuberkulose-Epidemie. [...] Nun fürchten die Experten, dass Russlanddeutsche die galop-

11 Vgl. etwa den Artikel »Kollektiv im Knast«: »In deutschen Jugendgefängnissen herrscht das Gesetz der russischen Mafia. Straffällig gewordene Spätaussiedler werden mit psychischer und physischer Gewalt zum Gehorsam gezwungen. Ihnen bleibt nur eine Wahl: Schutzgeld zahlen oder mitmachen beim Dealen hinter Gittern« (Der Spiegel 27.08.2001).

12 Vgl. etwa den Artikel »Neue Angst vor Russen«: »Junge Aussiedler verbreiten in Deutschland Schrecken – in der Stadt Lahr wurden 58 Polizisten zum Schutz der Einwohner zusätzlich stationiert. [...] Heroin und sexuelle Belästigung sind die Hauptprobleme. Deswegen stehen russlanddeutsche junge Männer häufig vor Gericht. Aber es geht im Umkreis von Lahr bis zu Mord und Totschlag« (Welt am Sonntag 29.06.2003).

pirierende Schwindsucht nach Deutschland einschleppen« (Der Spiegel 22.01.2001).

Die Russlanddeutschen, die für längere Zeit aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden waren, sind zur Jahrtausendwende wieder dort angekommen – diesmal als Problemfall. Der bereits genannte *Panorama*-Beitrag fasst die entsprechende Assoziationskette kurz und bündig zusammen: »Die Bilanz einer gescheiterten Integration, die sich zunehmend in der Kriminalstatistik niederschlägt.« Interessant ist dabei, dass die Integrationsprobleme mit der nicht-deutschen Herkunft bzw. mit dem fehlenden Bezug zu Deutschland bei vielen der in den letzten Jahren Zugewanderten verknüpft werden (vgl. Panorama 2002; Welt 2004; CDU 2004). Dies impliziert die Behauptung, dass die meisten der als Aussiedler Zugewanderten keine seien. Dieses Denkschema liefert – so mein Erklärungsvorschlag – auch eine Grundlage für die Stigmatisierung der Aussiedler im Allgemeinen.

Erving Goffman weist in seinem Werk »Stigma« (1972: 11) auf den relationalen Charakter dieses Phänomens hin: »Der Terminus Stigma wird [...] in Bezug auf eine Eigenschaft gebraucht werden, die zutiefst diskreditierend ist, aber es sollte gesehen werden, daß es einer Begriffssprache von Relationen, nicht von Eigenschaften bedarf.« Die diskreditierende Wirkung einer Eigenschaft haftet dieser nicht »als solcher« an. Sie entwickelt sich erst aus der Diskrepanz zwischen der Eigenschaft und dem jeweils gültigen Stereotyp, der sozialen Identität eines Individuums, die wir bei ihm angesichts seiner anderen Eigenschaften erwarten.¹³ Dabei führt nicht jede Abweichung von Erwartungen zur Stigmatisierung. Ein Individuum kann auch in eine weitere wohl akzeptierte (und besser passende) Kategorie zurück- oder gar hochgestuft werden. Bei den negativ bewerteten und schwerwiegenden Diskrepanzen dagegen wird dem Betroffenen der Anspruch auf eine sonst zur Verfügung stehende soziale Kategorie verwehrt. Er wird nicht als eine gewöhnliche, sondern als eine unwürdige, beeinträchtigte Person betrachtet (ebd.: 10-12).

Obwohl Goffman sich speziell mit *face-to-face*-Interaktionen zwischen Stigmatisierten und »Normalen« befasst, ist diese Logik auch für den Fall der Russlanddeutschen aufschlussreich. Dementsprechend

13 Ein Beispiel: Der fehlende akademische Abschluss soll von denen, die dies betrifft, in manchen Beschäftigungen eher geheim gehalten werden; in anderen Jobs kann gerade eine Überqualifizierung diskreditierend wirken.

genügt es nicht, die negative Stereotypisierung der Russlanddeutschen ›als solche‹ wahrzunehmen, denn diese basiert letztlich auf der missglückten Einordnung in eine anerkannte Kategorie. Die Aussiedler werden als Deutsche aufgefasst, die mangelnden Sprachkenntnisse und die wahrgenommene kulturelle Andersartigkeit befinden sich jedoch im Widerspruch zu dieser Einordnung, die dadurch strittig und möglicherweise ungültig wird.¹⁴ In diesem Zusammenhang entsteht beispielsweise der Vorwurf, dass das Deutschsein auch vom Besitz eines Deutschen Schäferhundes abgeleitet werden könnte, d.h. die Kategorisierung der Aussiedler als Deutsche wird in Frage gestellt. Entsprechend der Stigmatisierungslogik werden sie folglich als unwürdige Personen gesehen.

Die Erfahrung der Exklusion könnte durch die positive Bezugnahme der betroffenen Individuen auf die Kategorie »Einwanderer« ausgeglichen werden. Diese ist für die Aussiedler jedoch höchst problematisch, denn die Diskurse, in denen die Kategorie »Einwanderer« ein positives Identitätsangebot darstellt, befinden sich im Widerspruch zu dem Abstammungsprinzip, das für die Aussiedler objektiv gesehen von Vorteil ist. Würden sie sich öffentlich und politisch als Einwanderer verorten, würden sie sich von dem eigenen Legitimationsprinzip abwenden. Symptomatisch war in dieser Hinsicht die PR-Kampagne der CDU/FDP-Bundesregierung Ende der 1980er Jahre »unter dem sicher gutgemeinten, aber in der Einwanderungssituation als gefährliche Spaltformel wirkenden Motto ›Aussiedler sind keine Ausländer!‹« (Bade 1994: 170). Auf diese Weise landen die Aussiedler gewissermaßen zwischen den Stühlen, denn sie sind weder ›richtige‹ Deutsche noch ›richtige‹ Ausländer und erleben so einen doppelten diskursiv-praktischen Ausschluss, der sich verschärfend auf die Problematik der Repräsentation auswirkt: Ihnen fehlt trotz vorhandener Ressourcen (Wählerstimmen) eine effektive politische Vertretung, die sie als stigmatisierte und missachtete Gruppe kaum erzwingen können.

Die Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion befinden sich dadurch in der Situation einer entfremdeten Klasse – einer »Klasse für andere« (Bourdieu 1997: 137). Eine fundamentale Dimension der politischen Entfremdung besteht nämlich darin, so Bourdieu, dass »die

14 Anzumerken ist dabei, dass nicht die konkreten Individuen, sondern vielmehr die Kategorie »Aussiedler« diskreditiert wird; dies wirkt dann entsprechend auf die so eingeordneten Individuen.

Beherrschten mit einer objektiven Wahrheit ihrer Klasse rechnen müssen, die sie nicht selbst hervorgebracht haben [...], die ihnen als eine Essenz, ein Schicksal, *fatum*, d.h. mit der Macht dessen auferlegt ist, was mit Autorität gesagt wird« (ebd.) Die individuellen Aussiedler sind in ihren Ressourcen, ihren Lebenschancen und sogar wörtlich in ihrer *Existenz* in der deutschen Gesellschaft weitgehend durch die Existenz der Kategorie ›Aussiedler‹ sowie deren konkrete Auffassung in institutionellen und gesetzlichen Diskursen und Praxen bestimmt. Letztere werden von Professionellen des politischen Feldes ausgehandelt und mit staatlicher Autorität abgesegnet. Die einwandernden Russlanddeutschen werden dadurch ›maßgeschneidert‹, noch bevor sie in Deutschland angekommen sind, und die Diskrepanz zwischen ihrer jeweiligen individuellen ›Beschaffenheit‹ und der fremdbestimmten Identität wird ihnen letztlich zum Verhängnis.

Rechtspopulisten

Die offensichtlich mangelhafte politische Vertretung in Kombination mit dem Ruf, eine genuin rechte Wählergruppe zu sein, macht die Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion für die Parteien rechts der CDU attraktiv. So überrascht es kaum, dass beispielsweise die rechtspopulistische Schill-Partei bei den Bremer Bürgerschaftswahlen im Sommer 2003 bei den Aussiedlern zu punkten versuchte. Dabei signalisiert das (nach den Wahlen verabschiedete) Parteiprogramm der »Partei Rechtsstaatliche Offensive« (PRO) den Aussiedlern gegenüber nicht gerade Wohlwollen. Sie werden als Objekte einer restriktiven Zuwanderungspolitik betrachtet – nämlich als Ausländer: »Bei diesen Menschen handelt es sich zu 80 % um ausländische Ehegatten und Kinder von Spätaussiedlern, die bedingt durch unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache und fehlende ökonomische Perspektiven erhebliche Integrationsprobleme haben« (PRO 2003). Wohlgemerkt, die ›wirklich deutschen Spätaussiedler‹ bleiben in dieser Darstellung von Integrationsproblemen und ihren unangenehmen Folgen verschont.

Das Interesse der PRO an den Russlanddeutschen dürfte demnach weniger essenzieller, als vielmehr taktischer Natur sein. So äußerte der Bremer Landesvorsitzende Jan Timke im Interview der *Jungen Freiheit* nach den Wahlen:

»Wir hatten beispielsweise die Aussiedler, die Senioren, aber natürlich auch die Erstwähler als Zielgruppen angepeilt. Wir müssen jetzt erst einmal die genaue Analyse abwarten, ob sich unser verstärktes Engagement bei diesen Zielgruppen auch tatsächlich auf das Wahlergebnis ausgewirkt hat« (Junge Freiheit 30.05.2003).

Auch Schills Folgeprojekt »Pro Deutsche Mitte« wandte sich im Vorfeld der vergangenen Hamburger Bürgerschaftswahlen verstärkt an Russlanddeutsche – sei es durch den eigenen Aussiedler-Beauftragten (vgl. Altergott 2003), sei es durch ein Interview Schills in der russlanddeutschen Zeitung *Heimat/Rodina* (Schill 2004), die mitunter offen rechtsextreme Artikel druckt.¹⁵ Die Russlanddeutschen, so äußert sich Schill hier anerkennend, seien durch ihre »deutsche Werteordnung« in besonderem Maße Teil der deutschen Leitkultur. Diesen grundsätzlichen Unterschied zu den Ausländern würden die Altparteien verkennen. Dem Anerkennungsangebot wird die Forderung hinzugefügt, die Integrationsbemühungen sollten sich auf Russlanddeutsche konzentrieren; damit könne auch ihr Abrutschen in die Kriminalität vermieden werden (ebd.). Obgleich Schill nach der Niederlage bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft weitgehend aus der politischen Öffentlichkeit verschwunden ist, bleibt die Mobilisierung von Russlanddeutschen für rechtspopulistische Parteien doch generell eine Option.

NPD

Nicht nur Rechtspopulisten wie Schill, sondern auch »klassisch« rechtsextreme Parteien unternehmen Versuche, die Sympathien der Russlanddeutschen für sich zu gewinnen. So wandte sich die NPD im Sommer 2003 mit einem Flugblatt an »alle deutschen Brüder und Schwestern aus Rußland!« (NPD 2003). Die Denkfigur der Blutsverwandtschaft ist zentral für den durchdacht formulierten Text, in dem

15 Die zweisprachige Zeitung hinterlässt auf den ersten Blick nicht den Eindruck einer rechtsradikalen Postille. Die erste Seite der genannten Ausgabe zielt eine poetische Gratulation an alle Verliebten zum Valentinstag. Dieser folgen u.a. ein antisemitischer Artikel und zwei – weiter unten erwähnte – NPD-Texte: ein Wahlauf Ruf der NPD und eine Stellungnahme zu einem Mord an russlanddeutschen Jugendlichen.

die problematische Lage der »Deutschen aus Rußland« sowohl diagnostiziert als auch erklärt wird: Die Russlanddeutschen werden demnach *gerade als Deutsche* diskriminiert. Dass »Ihr hier als böse Russen, Diebe, Mafiosos oder gar Nachfahren eines deutschen Schäferhundes bezeichnet werdet«, sei ein Ergebnis der ewigen antideutschen Politik der (im Text nicht konkretisierten) Machthaber dieses Landes. Die Aufklärung über das Leid der »Rußlanddeutschen«¹⁶ sei bisher unterblieben, da die Machtinteressen der Herrschenden unmittelbar mit dem »Bild vom schlimmen Deutschen« verknüpft seien. Mit dieser Gedankenfigur gelingt es den Autoren des Flugblattes, die Stigmatisierung der Russlanddeutschen mit dem klassischen rechten »Deutsche-sind-Opfer«-Diskurs zu verschmelzen. Bei den Nationaldemokraten wären die Russlanddeutschen dagegen, so das Flugblatt weiter, gut aufgehoben:

»Kommt zu uns und kämpft mit uns zusammen für ein Deutschland, das wieder so wird, wie es unsere Väter einst kannten. Die NPD will mit Euch ins Gespräch kommen, weil das die einzige Partei ist, die unserem Land und unserem Volk verbunden ist. Ihr könnt der NPD dabei helfen und umgekehrt kann die NPD euch helfen« (ebd.).

In einem Interview mit dem Parteivorsitzenden Udo Voigt wird zugleich die pragmatische Orientierung der NPD deutlich. Angesprochen auf das Interesse an den Russlanddeutschen erläutert Voigt, es gehe in Zukunft vermehrt um den »Kampf um die Parlamente [...]«, was bedeutet, daß dadurch auch eine neue Zielgruppe angesprochen werden muß« (Voigt 2003).¹⁷ Das besagte Flugblatt wurde auch im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2005 verteilt (vgl. Renner 2005).

Die NPD befindet sich jedoch, ähnlich wie es oben für die etablierten Parteien gezeigt wurde, in einem Spagat zwischen dem Versuch, die Russlanddeutschen für sich zu gewinnen und der Gefahr, die eige-

16 Die »Rechts-Schreibung« im Original geht auf die für die extreme Rechte typische konsequente Ablehnung der Rechtschreibreform als Angriff auf die deutsche Sprache zurück.

17 Neben dem »Kampf um die Parlamente« sind der »Kampf um die Straße« und der »Kampf um die Köpfe« für die NPD die »Säulen« der offiziellen Parteistrategie (vgl. Pfahl-Traugher 2003: 46).

nen Anhänger zu verprellen. So trat im Oktober 2003 der gesamte hessische Landesvorstand der Jungen Nationaldemokraten, der Jugendorganisation der NPD, im Streit um die Strategie des »Kampfes um die Parlamente« zurück und erklärte zugleich den Parteiaustritt. In der Pressemitteilung heißt es dazu:

»Ein weiteres Paradebeispiel für die politischen Possenspiele der Parteiführung ist ein neues Flugblatt an Rußlanddeutsche [...]. In diesem Geschmier wird gefordert, daß sich unsere ›deutschen Brüder und Schwestern‹ [O-Ton] keinem Sprachtest unterziehen müssen. Weiterhin hat man das Flugblatt prophylaktisch gleich noch auf Kyrillisch verfaßt, um zu gewährleisten, daß auch ein vermeintlicher ›Deutscher‹, der seine eigene Sprache nicht kann, alles versteht« (JN Hessen 2003).

Die Bereitschaft, die Aussiedler als »Volksgenossen« zu akzeptieren und damit der offiziellen Parteilinie zu folgen, ist in wichtigen Teilen der NPD-Klientel offensichtlich nicht besonders hoch.

Im Endeffekt werden die Russlanddeutschen auch von der NPD nicht wie »deutsche Brüder und Schwestern« behandelt, sondern – um im Bild zu bleiben – eher wie Cousins mit ansteckender Hautkrankheit. Sie tauchen in Parteipublikationen sehr selten auf, und wenn, dann vor allem in solchen Fällen, in denen das Schweigen nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. So kritisierte etwa der NPD-Bundesgeschäftsführer die Berichterstattung über den Mord an drei jungen Russlanddeutschen in Heidenheim (Baden-Württemberg), indem er den offensichtlichen rechtsradikalen Hintergrund des jugendlichen Täters (vgl. *Jungle World* 07.01.2004) als Erfindung »interessierte[r] antideutsche[r] Kreise« geißelte, denen es darum gehe, einen Keil zwischen die Russlanddeutschen und die NPD zu treiben (Schwerdt 2003).

Die Darstellung der Russlanddeutschen in der Parteizeitung *Deutsche Stimme* lässt sich allerdings genau als ein solcher Keil verstehen: Viele Spätaussiedler wollen sich nicht integrieren, heißt es etwa in einem Artikel mit dem aufschlussreichen Namen »Man spricht russisch« (Keck 2000), »[u]nd zudem empfindet man sich häufig noch dem slawischen Kulturkreis zugehörig«. Darüber hinaus wirft der Autor den Aussiedlern undankbare Ausnutzung des deutschen Sozialbudgets vor – und bedient sich damit des verbreiteten ausländerfeindlichen Stereotyps der »Einwanderung in die Sozialsysteme«. Das Kriterium der Abstammung allein genügt demzufolge nicht, um wirklich zu den Deutschen zu gehören. Russlanddeutsche seien zwar »Menschen,

die zu unserem Volk gehören«, müssten sich aber kulturell und sprachlich vollkommen integrieren (ebd.).¹⁸

Rechte Jugendszene

Mit der NPD seit Jahren eng verbunden ist die rechte Jugendszene (vgl. Pfahl-Traughber 2003). Den organisierten Ausdruck dieser Szene stellen die so genannten Freien Kameradschaften dar, welche im Zuge des Verbots der klassischen neonazistischen Organisationen wie der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« Mitte der 1990er Jahre entstanden sind. Der damit verbundene Verzicht auf die formellen Organisationsstrukturen wird durch die ausgeprägte soziale Vernetzung ausgeglichen.

In Publikationen dieses Spektrums ist das Thema Russlanddeutsche bzw. Aussiedler kaum präsent. Hierzu Stellung zu beziehen scheint dieser Szene besonders deshalb schwer zu fallen, weil dadurch eine Diskrepanz zwischen verschiedenen Elementen rechtsextremer Ideologie beziehungsweise zwischen Ideologie und Praxis hervorgerufen würde. Denn einerseits hängt diese Szene dem völkischen Konstrukt der Blutsverwandtschaft an, nach dem wenigstens der »wirklich deutsche« Teil der Aussiedler zur Volksgemeinschaft gehört. Andererseits orientiert sie sich bei der Einordnung in die Wir- bzw. Sie-Kategorie an eher alltagsrelevanten Merkmalen wie Sprache und Alltagskultur – nach diesen Merkmalen werden die Russlanddeutschen eher als Ausländer identifiziert.

In Kurzform kommt dieser Konflikt in einem Posting des Administrators des rechtsextremen Wikinger-Versand-Forums zum Ausdruck: »[...] schwieriges Thema! Aber was soll man machen, sie sind »moralisch« gesehen deutsche, wollen dies aber nicht sein (profitieren aber davon!)« (Wikinger-Versand 2003). Unter den meisten NutzerInnen des Forums herrscht eine deutlich ablehnende Haltung dagegen vor: »sie sagen selber das sie russen sind und so sollte man sie auch behandeln! raus mit denen!« (ebd.) Auch ein Artikel in der neonazistischen *Mitteldeutschen Jugendzeitung* (MJZ 2002) vermittelt einen Ein-

¹⁸ Vgl. die Kritik der biologistischen Auffassung der Volksgemeinschaft innerhalb der extremen Rechten. Die Volksgemeinschaft sei nicht die Sache der »Natur« allein, sondern auch die des »Geistes« und der »Organisation« (Schwab 2003).

druck davon, dass sich die rechte Jugendszene mit einer eindeutigen Positionierung zur Frage des ›Deutschseins der Russlanddeutschen‹ schwer tut. Der Artikel vermittelt zwar an der Oberfläche den Eindruck, als sammle der Autor verschiedene Meinungen zum Thema, um so zu einem ›objektiven‹ Urteil zu kommen. Eine Stellungnahme als Fazit bleibt indes aber aus, wobei die Tendenz gegenüber den »so genannten Spätaussiedlern« klar negativ ausfällt. Es seien Russen, keine Deutschen, fremd und integrationsunwillig. »Sehr auffällig durch ihre Kleidung sitzen sie spukend und Wodka trinkend auf Stadt- und Parkbänken.«¹⁹ Der Ausschluss aus dem Volkskollektiv wird im Untertitel deutlich, der genau jenes Vorurteil bemüht, das seitens der NPD-Führung als üble Verunglimpfung zurückgewiesen wird: »Ich bin DEUTSCH, denn ich hatte mal einen deutschen Schäferhund!« (ebd.)

Im Informationsportal Störtebeker-Netz, das durchgängig von einer »Schriftleitung« moderiert wird, unterliegt die Darstellung der Russlanddeutschen der Regel ›gut oder gar nicht‹. Die negativ ausfallenden Beiträge werden zwar veröffentlicht, meist aber ermahnend kommentiert. So heißt es beispielsweise zu dem oben zitierten JN-Schreiben: »[U]nseres Erachtens schüttet man hier das Kind mit dem Bade aus. So halten wir eine Kooperation mit den Rußlanddeutschen nicht nur für notwendig, sondern auch auf Dauer für unumgänglich ... aber vielleicht denken ja nur wir so. – Die Schriftleitung« (JN Hessen 2003). In den Jahren 2002 und 2003 wurde das Thema Russlanddeutsche relativ regelmäßig beim Störtebeker-Netz beleuchtet.²⁰ Allerdings stammt die Mehrheit der positiven Beiträge von russlanddeutschen Akteuren (z.B. Schmidt 2002). Neben der Unterscheidung zwischen »Russlanddeutschen und solchen die es sein wollen« (Offener Brief 2004)²¹ lässt sich dieses Delegieren der Sprecherposition als weitere Möglichkeit deuten, der genannten Diskrepanz zwischen der Aner-

19 Schreibweise des Originals.

20 In diesem Zeitraum rückt die Fremdenfeindlichkeit gegenüber Aussiedlern angesichts des gewaltsamen Todes eines Aussiedlers infolge eines Überfalls in Wittstock (vgl. taz 04.03.2003) stärker ins Licht der Öffentlichkeit.

21 Bemerkenswerte Ähnlichkeiten gibt es hier mit einer Argumentationslinie in etablierten Diskursen, in denen Integrationsprobleme der Aussiedler mit mangelndem Deutschtum verbunden werden (siehe den Abschnitt »Aussiedler – kein guter Name«).

kennung der Russlanddeutschen nach der völkischen Lehre und deren alltagskulturell geprägter Ablehnung zu entkommen.

Diese Diskrepanz ist, wie der Vergleich der Darstellung im Störtebeker-Netz mit der weitaus weniger kontrollierten Diskussion im Wikingerverband-Forum vermuten lässt, mit Hierarchien der Kameradschaftsszene verknüpft: Die Inhaber des größeren politischen Kapitals, welche eine ideologisierende Kontrolle über die als legitim erachteten Ansichten ausüben (Bourdieu 1991: insbesondere 490), neigen dazu, die Aussiedler nach der völkischen Ideologie zu beurteilen.²² Diese Deutung stößt jedoch auf eine Grenze in Gestalt jener ihrer Unterstützer, die von untergeordneten Positionen aus sprechen: Sie lehnen die Aussiedler im Sinne der alltagskulturell geprägten Fremdenfeindlichkeit ab. Letztlich sind die ›Eliten‹ der Kameradschaftsszene zwischen ihrer Bindung an die völkische Ideologie einerseits und an ihre Anhänger andererseits gefangen – und neigen daher zum Ausweichen durch Schweigen oder Delegieren der Sprecherposition. Durch Letzteres kommen auch Russlanddeutsche zu Wort, wobei jedoch »rußlanddeutsche Aktivitäten im nationalen Widerstand« (Störtebeker-Netz 2002) gegenwärtig noch eher dem Wunschenken der wenigen russlanddeutschen Nazis entspringen.

Vertriebenenverbände

Die Einstellung der Vertriebenenverbände, die mitunter revanchistische und NS-leugnende Positionen vertreten (vgl. Mecklenburg 1996: 343-366), zu den Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion kann exemplarisch am Beispiel der Zeitung *Das Ostpreußenblatt* (OB), des Organs der Landsmannschaft Ostpreußen, gezeigt werden. Laut OB geht die in der Bundesrepublik herrschende Intoleranz gegenüber den Russlanddeutschen vor allem auf mangelhafte Kenntnis von deren schwerem Schicksal zurück (OB 29.09.2001). Die Belange der Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland werden jedoch auch in dieser Zeitung nur marginal dargestellt.

Das Hauptproblem sieht das OB in der starken Aussiedlungswelle nach Deutschland: Die Russlanddeutschen seien aufgrund ihrer Ge-

22 »Nun ja, zum Thema ›Rußlanddeutsche‹ läßt sich gewißlich allerlei sagen, darunter auch viel Unerfreuliches, fest steht aber auch, daß der Deutsch ist, der deutschen Blutes ist« (Störtebeker-Netz 2001).

schichte in Russland zuhause – sie haben beispielsweise eine eigene deutsche Kultur entwickelt (OB 30.12.2000) – und sollten im ehemaligen Ostpreußen siedeln, um dort das Deutschtum zu pflegen. Um den Russlanddeutschen im »nördlichen Ostpreußen« eine Zukunft zu geben, sei die aktive Politik Deutschlands in der Region notwendig, die von allen dortigen Bewohnern ohnehin befürwortet werde (vgl. OB 25.11.2000). Punktuell wird auch die revanchistische Hoffnung auf eine territoriale »Regermanisierung« geäußert:

»Eine 1997 in Moskau erschienene 600seitige Studie über die geopolitische Zukunft Rußlands spricht eine andere Lösung aus: das Kaliningrader Gebiet an Deutschland zurückzugeben, »damit das letzte territoriale Symbol des schrecklichen Bruderkriegs verschwindet« (OB 25.11.1998).

Dem Profil der Zeitung entsprechend werden die Russlanddeutschen grundsätzlich im Rahmen des dominanten Regermanisierungsdiskurses wahrgenommen. Vermutlich aufgrund dieser engen Fokussierung bleibt das für Vertriebenenverbände ansonsten hochrelevante Konstrukt »Deutsche als Opfer« in Bezug auf Russlanddeutsche (vgl. OB 11.01.2003: »Sie wurden zu Opfern, nur weil sie Deutsche waren«) unterbelichtet. Ein weiterer Grund dafür liegt wahrscheinlich in der allgemeinen Distanz zwischen den meisten der in den 1990er Jahren zugewanderten Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion und »deren« Organisation im Vertriebenenspektrum, der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Hieß es Ende der 1980er Jahre noch »Aussiedler: Die Vertriebenen von heute« (Zurhausen 1989), wurden in den Jahren danach die gegensätzlichen (An)forderungen und kulturellen Unterschiede klar. Die heutigen Aussiedler wünschen sich vor allem Beratung und Unterstützung in Alltagsfragen, werden aber von dem »deutschtümeligen« Angebot der Vertriebenenverbände enttäuscht (Kunschner 2000: 127), die folglich nicht als unterstützende Institutionen wahrgenommen werden (Ködderitzsch 1997: 117) und deshalb nur wenig Resonanz finden (exemplarisch für Berlin Fijalkowski/Gillmeister 1997: 114). Dementsprechend können die Landsmannschaften nicht als Organisationen der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus dieser Region zugewanderten Aussiedler verstanden werden.

Das Bild der Russlanddeutschen in der Jungen Freiheit

Die Darstellung der Russlanddeutschen in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) ist angesichts ihrer Position zwischen dem ›rechten Rand‹ und dem offen rechtsextremen Spektrum einerseits sowie ihrer Ausrichtung auf die Inhaber eines größeren symbolischen Kapitals andererseits besonders relevant für die Produktion der ›öffentlichen Meinungen‹. Der von der Redaktion erhobene Anspruch darauf, kein reines Ideologieblatt, sondern auch eine informative Wochenzeitung zu sein – auf der Website heißt es: »Aufklärung und Information ist das Ziel dieser Zeitung« –, prägt auch die Berichterstattung über Russlanddeutsche bzw. Aussiedler. Sie ist relativ regelmäßig und schließt programmatische Artikel ebenso ein wie Nachrichten über die Organisationen der Russlanddeutschen (z.B. JF 05.06.1998) oder Berichte über die relevanten Ereignisse in der ›großen Politik‹.

Mitten im Sommerloch 2001 erschien eine Ausgabe der JF mit sechs Beiträgen zu diesem Themenkomplex. Der Leitartikel titelte »Sie gehören zur Familie: Die Aussiedler müssen für Deutschlands Neurosen büßen« und war illustriert mit einem Foto einer russlanddeutschen Familie mit zehn Kindern (JF 24.08.2001). Die Grundidee des Artikels bildet die durch die Metapher der Familie eingeführte Zugehörigkeit der Russlanddeutschen zur Nation aufgrund der Blutsverwandtschaft bzw. der gemeinsamen Abstammung: »Deutschlands verlorene Söhne kehren heim aus den Weiten des untergegangenen Sowjetreichs.« Doch willkommen sind sie, die »als Deutsche an unsere Tür klopfen«, in seinen Augen nicht, denn die etablierte Politik ist – im Gegensatz zu den willigen Heimkehrern – dem Deutschtum nicht loyal, sondern (hier in puncto Zuwanderung) an Wirtschaftsinteressen ausgerichtet. Auch die Union ist an Russlanddeutschen nur als Wahlvolk interessiert. Folglich fehlt denen die politische Vertretung. »Als Resultat sind die volksdeutschen Aussiedler die Sündenböcke der Nation für ihre gesellschaftlichen Fehlentwicklungen.« So werden sie mit Zuwanderern in einen Topf geworfen, aber gegenüber diesen, z.B. durch die Sprachtests, auch noch benachteiligt (ebd.). Diese angebliche Benachteiligung der Deutschstämmigen gegenüber Ausländern²³ ist ein durchaus verbreitetes Argument in verschiedenen Schattierungen der extremen Rechten, sowohl in der JF (vgl. JF 24.11.2003), als auch

23 Interessanterweise wird bei der Bezugnahme auf die Sprachtests übersehen, dass die anderen Einwanderer nicht als *Deutsche* einwandern wollen.

beispielsweise in der bis heute der Tradition der SS verbundenen Zeitschrift *Der Freiwillige*.²⁴

Der genannte JF-Artikel schließt mit einem den Nationalsozialismus relativierenden Vergleich des 60. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion mit dem Jahrestag des »Deportationsedikts gegen die Wolgadeutschen«. Für den Autor sind die Russlanddeutschen in erster Linie Opfer, die »für Deutschlands Neurosen büßen« (JF 24.08.2001) müssen.²⁵ Damit greift er auf einen der Leitgedanken der JF zurück: den Opferdiskurs, in dem die Deutschen die wahren Leidtragenden des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges verkörpern und zudem noch den Schuldzuweisungen seitens der Juden und der Siegermächte ausgesetzt sind.

Während die Russlanddeutschen sowohl in solchen »programmatischen« Kontexten als auch beispielsweise im Rahmen des Diskurses der Regermanisierung des »nördlichen Ostpreußens« (JF 12.09.2003) wohlwollend in den »Ideologie-Haushalt« der JF integriert werden, fällt das Urteil in anderen Zusammenhängen nicht immer positiv aus. So trifft man etwa auf das Bild der »rußlanddeutschen Kontrahenten« der »türkischstämmigen Jungmänner« bei Kämpfen um die Vormacht in einem »Multikulti-Vorort« Kölns (JF 25.07.2003). In gewisser Weise findet sich also auch in der JF die widersprüchliche Dualität zwischen einer ablehnenden und einer positiven, programmatisch-ideologisch geprägten Wahrnehmung, wobei die letztere allerdings eindeutig überwiegt.

Politische Kulturen der Rechten und das Bild der Russlanddeutschen

Der Vergleich der Darstellungen von Russlanddeutschen in den verschiedenen rechten Kreisen macht die Annahme plausibel, dass dort, wo die Ideologieproduktion das primäre Anliegen der Politik darstellt, die Russlanddeutschen eher als »richtige Deutsche« angesehen werden.

24 Vgl. etwa die Ausgabe Nr. 8 (1999).

25 Als neurotisch, also »krankhaft«, wird innerhalb der extremen Rechten jede Einstellung beschrieben, welche die Schuld am Zweiten Weltkrieg und am Holocaust anerkennt. Geprägt wurde der Begriff durch den »neurechten« Theoretiker Armin Mohler. Zum Umgang mit der historischen Schuld und mit dem Holocaust in der JF vgl. Ruoff (2001: 61, 131-142).

Umgekehrt gilt: Je relevanter die Straßenpolitik bzw. Elemente der Alltagskultur für das politische Selbstverständnis sind, desto deutlicher fällt die Ablehnung der Russlanddeutschen aus. Für mich zeigt sich hierin, dass die Einordnung der Russlanddeutschen in die ›Wir‹ bzw. in die ›Fremd‹-Gruppe offenbar entlang jeweils unterschiedlicher Kriterien vorgenommen wird: Nach der völkischen Idee der Abstammung werden sie in die ›Wir‹-Gruppe eingeordnet, nach der Alltagskultur hingegen in die ›Fremd‹-Gruppe. Dabei variiert die Bedeutung dieser Merkmale in den politischen Kulturen der unterschiedlichen rechten Milieus. Gerade diese relative Relevanz ist folglich ausschlaggebend für die im jeweiligen Milieu dominante Haltung gegenüber den Russlanddeutschen: von Wohlwollen bis zu aggressiver Ausgrenzung.

Vor diesem Hintergrund werden die gewalttätigen Übergriffe von Anhängern der neonazistischen Szene auf russlanddeutsche ›Volksgeossen‹ erklärbar, die zu deren politischer Radikalität anscheinend im Widerspruch stehen. Denn offensichtlich wird hierbei das ideologische Motiv der Blutsverwandtschaft durch die Orientierung an alltagskulturell geprägten Merkmalen der Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft überkompensiert. Die Nähe zur NS-Ideologie äußert sich hier vor allem in den Konsequenzen des Ausschlusses aus der eigenen Gemeinschaft: Gewalt als Lösung, und zwar bis zum Mord.

Rechtsextremes ›Wir‹ für die Russlanddeutschen?

Bisher habe ich die Wahrnehmung der Russlanddeutschen in Diskursen unterschiedlicher rechter Kreise betrachtet. Die bisherigen (eher taktischen und sporadischen) Mobilisierungsversuche der rechtspopulistischen sowie auch die der ›klassisch‹ rechtsextremen Parteien waren überwiegend als Angebote an eine bisher außen stehende Gruppe gestaltet. Die wenigen Autoren rechtsextremistischer Publikationen, die sich als Deutsche aus Russland zu erkennen gaben, äußerten nicht den Anspruch darauf, die Russlanddeutschen als Gruppe im rechtsradikalen politischen Unterfeld zu repräsentieren. Obwohl sich beispielsweise die rechtsextreme Internet-Seite »Volksdeutsches Erwachen« (2004) an »unsere Volksgruppe« wendet, wird hiermit kein politisches Subjekt behauptet, vielmehr geht es um die Mobilisierung der Russlanddeutschen für die NPD:

»Zudem hat die wirklich einzige Partei die dem deutschen Volk verbunden ist,

sich durch einen Aufruf, direkt an unsere Landsleute gewandt. Und so gezeigt, daß wir, die Volksdeutschen aus Russland, im Land unserer Ahnen immer wieder willkommen sind. Deshalb fordere ich von allen Rußlanddeutschen, dem Aufruf zu folgen und zusammen mit nationalistischen Kräften für unsere deutsche Zukunft zu kämpfen« (ebd.).

Ein Versuch, im Bereich organisierter Rechte, eine solche Repräsentation zu etablieren, stellt der »Internationale Konvent der Russlanddeutschen« unter der Leitung von Heinrich Groth dar. Die Organisation wurde im Jahr 2002 in Berlin als eine internationale Vereinigung der Organisationen der Russlanddeutschen gegründet (vgl. JF 06.09. 2002), um – so der Mitbegründer Wladimir Bauer – die organisierten Kräfte der Russlanddeutschen zur Verteidigung ihrer Interessen zu bündeln und deren Leben zu verbessern (Fitz 2002a). Die in diesem Konvent vereinigten Gruppen aus Deutschland sind allerdings weitgehend unbekannt.

Die Führung des Konvents versuchte, eigene Vertretungsansprüche von der Reputation der Vereinigung der deutschen Minderheit in der Sowjetunion »Wiedergeburt« abzuleiten, zu deren Hauptakteuren der Direktor des Konvents, Heinrich Groth, gehört hatte.²⁶ Im August 2003 fand ein vom Internationalen Konvent initiiertes Treffen ehemaliger Kongressdelegierter der »Wiedergeburt« in der Sowjetunion in Fulda statt (vgl. Fitz 2003a). Diese Versammlung sollte zur Gründung eines Vertretungsorgans der Russlanddeutschen in der Bundesrepublik führen. Obwohl der demokratische Charakter des Treffens sowie auch die Legitimation und die Politik des Konvents von manchen Aktivisten in Frage gestellt wurden (Gaijger 2003; Weingardt 2003), war die Berichterstattung, z.B. in der für »russlanddeutsche« Angelegenheiten relevanten Zeitung *Russkaja Germanija/Russkij Berlin*, relativ wohlwollend (Fitz 2003a).

Dieses Treffen kann man als einen weiteren Schritt zur Inszenierung der politischen Repräsentationsbeziehung zwischen den Russlanddeutschen und dem Internationalen Konvent betrachten – einer Repräsentationsbeziehung, die (wie oben erläutert) dem Protagonisten das politische Kapital bringen kann. Die Abnehmer für das politische

26 Zu Perestrojka-Zeiten war es »Wiedergeburt« gelungen, die sowjetischen Deutschen im sich neu bildenden politischen Feld zu vertreten und sie dadurch als ein politisches Subjekt zu konstituieren (vgl. Bourdieu 1992: 176).

Kapital des Internationalen Konvents und von Groth persönlich fanden sich im Endeffekt nur in der rechtsextremen Deutschen Partei (DP), die unter dem damaligen Vorsitzenden Heiner Kappel (ehemals »Bund freier Bürger«²⁷) wieder stärker ins Licht der Öffentlichkeit gerückt ist. Groth hielt Einzug in den Vorstand der DP und schaffte es auf Platz drei der Kandidatenliste für die Wahlen zum EU-Parlament. Die DP war offenbar ihrerseits an dem Ruf einer aussiedlerfreundlichen Partei interessiert (vgl. entsprechende Publikationen in RG/RB, etwa Fitz 2003b) – und an der daraus evtl. folgenden Unterstützung der Russlanddeutschen bei den Wahlen.²⁸

Angesichts der marginalen Stellung der DP (Ergebnis bei der Europawahl 2004: 0,25 %) ist es mehr als fraglich, ob die vom Internationalen Konvent quasi repräsentierten Russlanddeutschen von dessen Verbindung mit der DP profitieren können. Vielmehr scheint es bei diesem politischen »Wir« um das individuelle politische Kapital von Groth zu gehen. Aber auch dessen Marktfähigkeit bleibt, wie wir sehen, auf eine rechtsradikale Kleinstpartei beschränkt.

»Aussiedler sind keine (bösen) Ausländer«

Die Wahl des Bündnispartners für den Internationalen Konvent ist nicht nur durch die Homologie der Positionen beider Vertreter in den jeweiligen politischen Feldern zu erklären (sowohl Konvent als auch DP sind offensichtlich marginale politische Kräfte). Sie war auch ideologisch keineswegs beliebig. So sind in der Rede von Groth auf dem genannten Treffen in Fulda (Groth 2003) rechte bis rechtsextreme Inhalte vertreten, etwa wenn er auf bekannte Argumentationsmuster zurückgreift, in denen Russlanddeutsche und Ausländer gegeneinander

27 Schon beim Bund freier Bürger versuchte Kappel über die »Bundesvereinigung Heimat« und deren Zeitung *Heimat-Aktuell* die Stimmen der Aussiedler zu gewinnen (vgl. seine Ansprache in *Heimat-Aktuell* Nr. 4/1998).

28 Vgl. hierzu die Wahl-Sonderbeilage der DP im »russlanddeutschen« *Diplomatischen Kurier/Russlanddeutsche Allgemeine Zeitung* (DP-Sonderbeilage 2004). Bemerkenswert ist, dass der Herausgeber der Zeitung, Konstantin Ehrlich, nicht nur der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Hamburg vorsteht, sondern als Co-Vorsitzender des Internationalen Konvents auch mit auf der Parteiliste der DP kandidierte (ebd.).

ausgespielt werden. Beispielsweise behauptet Groth, die Ausländer (und nicht die Aussiedler) seien eine finanzielle Last für Deutschland. Obwohl die Russlanddeutschen als »letzte ethnische Reserve der deutschen Nation« die Bundesrepublik vor der »demografischen Katastrophe« retten könnten, lasse man gegen die Interessen des »deutschen Volkes Deutschlands« eher Ausländer einwandern. Ganz im Sinne des Opferdiskurses wirft Groth den etablierten Politikern vor, sich nicht um das eigene Volk, sondern um die Juden zu kümmern:

»Die Argumente, es fehlten die Mittel für die Rehabilitierung der Russlanddeutschen, halten keiner Kritik stand, wenn das Land zugleich mehrere zehn Milliarden Euro für Auszahlungen an die Opfer des Holocausts an den europäischen Juden aufbringen kann. Wer ist bereit zu beweisen, dass der jüdische Holocaust in Europa schrecklicher war als der Holocaust an den Deutschen in der UdSSR?« (ebd.).²⁹

Das Argumentationsmuster ›Aussiedler sind keine bösen Ausländer‹ findet sich allerdings nicht nur im Bereich politisch marginaler Kräfte: In der Massenzeitung *Russkaja Germanija/Russkij Berlin* (RG/RB) etwa setzt sich der Redakteur Alexander Fitz für die Interessen der Russlanddeutschen als Gruppe ein. Dabei kritisiert er zu Recht die Diffamierung der Aussiedler in der Presse (Fitz 2002b). Das Stereotyp der ›kriminellen Aussiedler‹ kontert er allerdings mit dem Stereotyp der ›kriminellen Ausländer‹ (Fitz 2003c),³⁰ und seine strukturell rassistische Wahrnehmung wird nicht zuletzt daran deutlich, dass er konkrete Straftaten fast ausschließlich dann thematisiert, wenn die Verbrecher Ausländer sind.³¹

Das Fatale an dieser Argumentation besteht darin, dass sie auf dem ethnonationalistischen *master frame* beruht: Die hierarchisierende Unterscheidung in Deutsche und Ausländer aufgrund der Abstam-

29 Auch in anderen Aussagen Groths stößt man auf solche für die radikale Rechte typische Muster (z.B. DP-Sonderbeilage 2004: II).

30 »[J]etzt wird es in manchen Münchner Bezirken gefährlich, Deutsch und Russisch [...] zu reden« (ebd.).

31 Ich beziehe mich hier auf sechs der sieben zwischen Juni 2003 und Mai 2004 in der RG/RB von Fitz veröffentlichten Artikeln über konkrete Straftaten.

mung wird nicht generell bestritten, sondern reproduziert. Ähnlich wie die ethnisierenden Multikulturalismusideologien die ethnischen Kategoriensysteme nicht stürzen, sondern unterstützen (Malakhov 2001), werden durch den ›Aussiedler-sind-keine-(bösen)-Ausländer‹-Diskurs gerade jene rassistischen Konstrukte aufrechterhalten, durch welche die Russlanddeutschen von anderen Akteuren diskreditiert werden.

Fazit: Potenzial der rechtsradikalen Mobilisierung der Aussiedler

Welche (potenzielle) Bedeutung hat nun die Mobilisierung der Aussiedler durch die politischen Kräfte der Rechten: zum einen für diese Kräfte, zum anderen für die Aussiedler selbst? Zwar wiederholen sich die Mobilisierungsversuche der rechtspopulistischen bzw. ›klassisch‹ rechtsradikalen Parteien seit Ende der 1990er Jahre immer wieder, doch haben sie weiterhin eher punktuellen Charakter. Diese Außenseiter des politischen Feldes befinden sich, wie auch die etablierten Parteien, im Spagat zwischen der versuchten Mobilisierung neuer Anhänger und Wähler einerseits und der Gefahr, die eigene Klientel zu verlieren, andererseits.

Wie die explorative Analyse der Wahrnehmung von Russlanddeutschen unter Anhängern rechtsextremer Parteien zeigte, bringt politische Radikalität im nationalistischen Sinne nicht zwangsläufig eine höhere Akzeptanz der Russlanddeutschen mit sich. Denn das völkische Abstammungsprinzip tritt bei diesen ›ideologischen Laien‹ in Widerspruch zum alltagskulturell geprägten Bild der ›Russen‹. Nur unter den Inhabern eines größeren symbolischen Kapitals innerhalb des rechtsradikalen politischen Feldes ist die Haltung gegenüber den Russlanddeutschen weitgehend wohlwollend. Dort aber, wo diese offensichtlich konträren Diskurse miteinander in Konflikt geraten, entsteht häufig ein ›peinliches Schweigen‹.

Die Gewalttaten der rechten Jugendszene sprechen hingegen ihre eigene Sprache und dürften die Mobilisierungschancen der Rechtsradikalen unter den Aussiedlern erheblich beschränken. Die nationalistischen Mobilisierungsversuche können zudem nur schwer an vorhandene Diskurse des Deutschseins der Einwanderer anknüpfen, denn dies sind Diskurse einer *Minderheit*. Im Übrigen konnte bisher keine Partei von der sich allmählich abschwächenden Bindung der Aussiedler an die Unionsparteien profitieren, und es ist letztlich unwahr-

scheinlich, dass ausgerechnet die rechtsradikalen Außenseiter des politischen Feldes hier Erfolg haben werden.³²

Es ist kaum damit zu rechnen, dass sich die Repräsentationsprobleme der bisher fremdbestimmten Gruppe jener Aussiedler, die seit Ende der 1980er Jahre aus der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind, in den nächsten Jahren entschärfen werden. Auch Versuche einer politischen Vertretung ›von innen‹ auf der Basis einer rechtsradikalen Identität, die es seit Ende der 1990er Jahre immer wieder gibt, bleiben in ihrer Bedeutung marginal. Dies dürfte zum einen auf einen Mangel an politischem, kulturellem und ökonomischem Kapital zurückzuführen sein, der ohne die Unterstützung seitens etablierter Akteure schwer zu überwinden ist. Zum anderen aber liegt es an den Inhalten solcher faschistoiden Identitätsangebote selbst, wie sie etwa vom Internationalen Konvent oder der Bundesvereinigung Heimat formuliert werden. Sie sind zu eng und zu radikal, um für die heterogene Gruppe der Aussiedler attraktiv zu werden, denn die positive Einstellung gegenüber dem – für die Aussiedler objektiv vorteilhaften – Abstammungsprinzip bedeutet noch längst nicht die Bereitschaft, dieses in seiner radikalen Form zu vertreten.³³ Die eigene Positionierung ›rechts außen‹ würde für die Aussiedler außerdem bedeuten, sich und der eigenen Gruppe Spielregeln aufzubürden, denen sie selbst nicht gewachsen wären, denn aufgrund solcher Merkmale wie der Sprache oder kultureller Gepflogenheiten werden sie zumindest im Rahmen des alltagskulturell geprägten Differenzierungssystems der Rechten selbst zu Außenseitern.

Die Problematik der politischen Vertretung muss jedoch nicht zwangsläufig durch die ›ethnische Brille‹ betrachtet werden, denn die spezifischen Probleme von Aussiedlern in der bundesdeutschen Gesellschaft haben mehr mit deren Migrationssituation zu tun als mit ihrer ethnischen Kategorisierung. Das Identitätsangebot des Zuwanderers wäre demnach eine ernst zu nehmende Alternative für die Russlanddeutschen – auch und gerade wenn dies der bisherigen Bezugnahme auf das Abstammungsprinzip im symbolischen Kampf um An-

32 Wobei die Wahlerfolge der NPD 2004 in Sachsen das Image des Außenseiters aufweichen und damit die Gefahr der zusätzlichen Stigmatisierung durch die Bindung an diese Partei schwächen könnten.

33 Die besten Chancen haben angesichts dessen wahrscheinlich die Rechtspopulisten, die ihre Forderungen in der Sprache des ›gesunden Menschenverstandes‹ vortragen.

erkennung und gesellschaftliche Teilhabe entgegensteht. Eine realistische Einschätzung der eigenen Lage ist jedoch unerlässlich, wenn eine Gruppe mit geringem Machtpotenzial Einfluss auf die eigene gesellschaftliche und politische Situation gewinnen möchte (vgl. Elias/ Scotson 1993: 47). Und im Fall der Russlanddeutschen sollte eine solche Einschätzung zu der Einsicht führen, dass die fortgesetzte Berufung auf das Abstammungsprinzip vor allem zu einem führt: zum Verharren in einer politisch und gesellschaftlich marginalen Position.

Nun ist aber keinesfalls ausgemacht, dass die Annahme des ›breiteren‹ Identitätsangebotes »Zuwanderer« zwangsläufig aus dieser Marginalität herausführt. Und dennoch lässt sich mit Bourdieu sagen: Nur wer politische Entfremdung riskiert, kann überhaupt hoffen, dieser auch entkommen zu können. Nur wer für sich reden lässt, hat die Chance, sich Gehör zu verschaffen. Offen bleibt bei all dem natürlich die Frage, ob und welche politischen Kräfte den Aussiedlern dieses ernst zu nehmende Repräsentationsangebot machen.

Literatur

- Altergott, Alexander (2003): »Hamburgs Rußlanddeutsche für Schill«. Pressemitteilung Pro Deutsche Mitte (Pro DM/Schill). In: <http://www.presseportal.de>, Stand: 17.02.2004.
- Bade, Klaus J. (1994): *Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandsaufnahme*, München: Beck.
- Bourdieu, Pierre (1991): »Die politische Repräsentation«. In: *Berliner Journal für Soziologie* 1, S. 489-515.
- Bourdieu, Pierre (1992): »Delegation und politischer Fetischismus«. In: ders., *Rede und Antwort*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 174-192.
- Bourdieu, Pierre (1997): »Eine Klasse für andere«. In: ders., *Der Tote packt den Lebenden*, Hamburg : VSA, S. 130-141.
- CDU (2004): »Spätaussiedler«. In: <http://www.cdu.de/politik-a-z/dabank.htm>, Stand: 14.07.2004.
- CDU/CSU (2004): »Wesentliche Ergebnisse des Vermittlungsausschusses«. In: http://www.cdu.de/doc/pdf/07_01_04_VA_Ergebnisse.pdf, Stand: 14.07.04.
- Champagne, Patrick (1991): »Die öffentliche Meinung als neuer Fetisch«. In: *Berliner Journal für Soziologie* 1, S. 517-526.

- Dietz, Barbara/Roll, Heike (1998): *Jugendliche Aussiedler – Porträt einer Zuwanderergeneration*, Frankfurt am Main u.a.: Campus.
- DP-Sonderbeilage (2004): Sonderbeilage der Deutschen Partei. In: *Diplomatischer Kurier/Russlanddeutsche Allgemeine Zeitung*, Nr. 5.
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (1993): *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fijalkowski, Jürgen/Gillmeister, Helmut (1997): *Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins*, Berlin: Hitit.
- Fitz, Alexander (2002a): »Sosdan Konwent rossijskich nemzew«. In: *Russkaja Germanija/Russkij Berlin*, Nr. 23.
- Fitz, Alexander (2002b): »Pereselenzy – nowye krajnie«. In: *Russkaja Germanija/Russkij Berlin*, Nr. 17.
- Fitz, Alexander (2003a): »Rossijskie nemzy reschili objedinitjsja«. In: *Russkaja Germanija/Russkij Berlin*, Nr. 35.
- Fitz, Alexander (2003b): »Rossijskie nemzy wosglawili partiju«. In: *Russkaja Germanija/Russkij Berlin*, Nr. 42.
- Fitz, Alexander (2003c): »Rasgowor po-nemezki opasen dlja schisni«. In: *Russkaja Germanija/Russkij Berlin*, Nr. 42.
- Gaijger, Robert (2003): »Fulda stawit woprosy. Teper nuzhny otwety«. In: *Ost-West-Panorama* Nr. 6.
- Gallius, Saskia (2003): »»Was will ich? Was kann ich bewirken?« Über politische Orientierungen und Verhaltensweisen jugendlicher Aussiedler und die Jugendorganisation »Deutsche Jugend aus Russland e.V.«. In: Archiv der Jugendkulturen (Hg.), *Zwischenwelten. Russlanddeutsche Jugendliche in der Bundesrepublik*, Berlin: Archiv der Jugendkulturen, S. 88-97.
- Goffman, Erving (1972): *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Groth, Heinrich (2003): »Wopros ostajotsja otkrytym: Kto i potschemu protiwoitoit reabilitazii rossijskich nemcew?« In: *Ost-West-Panorama*, Nr. 7.
- JN Hessen (2003): »Landesvorstand der JN Hessen zurückgetreten!« Pressemitteilung vom 22.10.2003. In: <http://www.stoertebeker.net/archiv/221003.html>, Stand: 14.07.2004.
- Keck, Alfred (2000): »Man spricht russisch. In 50 Jahren kamen über 2,1 Millionen Russlanddeutsche in die BRD«. In: *Deutsche Stimme. Monatszeitung für Politik und Kultur*, Nr. 10, S. 7.

- Ködderitzsch, Peter (Hg.) (1997): *Zur Lage, Lebenssituation, Befindlichkeit und Integration der rußlanddeutschen Aussiedler in Berlin*, Frankfurt am Main u.a.: Lang.
- Kunschner, Friedhelm (2000): *Zwischen zwei politischen Kulturen. Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland*, Leipzig: Deutsch-Russisches Zentrum.
- Malakhov, Vladimir (2001): *Skromnoe obajanie rasisma*, Moskau: DIK.
- Marchewski, Erwin (2004): »Union hat für Spätaussiedler beim Zuwanderungskompromiss viel erreicht«. In: http://www.cducsu.de/section_2/subsection_1/id_8837/Meldungen.aspx, Stand: 31.01.05.
- Mecklenburg, Jens (Hg.) (1996): *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*, Berlin: Elefanten Press.
- MJZ (2002): »Kriminelle Spätaussiedler. ›Ich bin Deutsch, denn ich hatte mal einen deutschen Schäferhund««. In: *Mitteldeutsche Jugendzeitung*, Nr. 5.
- NPD (2003): »An alle deutschen Brüder und Schwestern aus Rußland!«. In: http://www.npd.de/npd_info/deutschland/2003/do803-13.html, Stand: 14.07.2004.
- Offener Brief (2004): »Offener Brief der Kameradschaft Eisenach wegen der Zustände im Stadtteil Eisenach Nord an die Stadtverwaltung (10.07.04)«. In: <http://www.stoertebeker.net/archiv/110704.html>, Stand: 14.07.2004.
- Panorama (2002): »Dealen statt Deutschkurs – Zunehmende Kriminalität bei Spätaussiedlern«, Manuskript der Sendung 18.04.2002. In: http://www.ndrtv.de/panorama/data/kriminalitaet_bei_spaetaussiedlern.rtf, Stand: 14.07.2004.
- Pfahl-Traughber, Armin (2003): »Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung? Aktivitäten und Kooperation von NPD, Neonazis und Skinheads«. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 16(4), S. 43-54.
- PRO (2003): »Partei Rechtstaatlicher Offensive. Grundsatzprogramm. Düsseldorf, 01.11.2003«. In: <http://www.offensive-bund.de/bund/downloads/pdf/programm.pdf>, Stand: 14.07.2004.
- Renner, Bernard M. (2005): »NPD geht neue Wege. Zweisprachiges Flugblatt kommt zum Einsatz«. In: http://www.bmrenner.de/publikationen/texte/2005-03-15_npd-flugblatt_russisch-deutsch.htm, Stand: 13.04.2005.
- Ruoff, Alexander (2001): *Verbiegen, Verdrängen, Beschweigen – Die Nationalgeschichte der »Jungen Freiheit«*. *Auschwitz im Diskurs des völkischen Nationalismus*, Münster: Unrast.

- Schill, Ronald B. (2004): »Schill bald wieder in der Hamburger Bürgerschaft«. Interview mit Ronald B. Schill, Landesvorsitzender der »Partei Pro Deutsche Mitte/Schill und Spitzenkandidat für die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft«. In: *Heimat/Rodina*, Nr. 2.
- Schmidt, E. (2002): »Mord in Wittstock – Hintergründe einer Tragödie aus Brandenburg (22.07.02)«. In: <http://www.stoertebeker.net/archiv/220702.html>, Stand: 14.07.2004.
- Schneider, Sabine (1996): *Der Einstellungswandel in der bundesdeutschen Bevölkerung zur Einwanderung deutschstämmiger Aussiedler im Zeitraum zwischen 1988 und 1990. Über die Aktualität der Kategorien zur Handlungsanalyse von Vilfredo Pareto*, Frankfurt am Main u.a.: Lang.
- Schwab, Jürgen (2003): »Grundgesetzkdiskussion II. Die ›Volksgemeinschaft‹ als Komposthaufen«. In: <http://www.die-kommenden.net>, Stand: 14.07.2004.
- Schwerdt, Frank (2003): »Absonderliche Hetze in Heidenheim«. In: http://www.npd.de/npd_info/deutschland/2003/d1203-20.html, Stand: 14.07.2004.
- Störtebeker-Netz (2001): »Aus der Fanpost«. In: <http://www.stoertebeker.net/archiv/220901.html>, Stand: 14.07.2004.
- Störtebeker-Netz (2002): »Rußlanddeutsche Aktivitäten im Nationalen Widerstand«. In: <http://www.stoertebeker.net/archiv/280502.html>, Stand: 16.01.2005.
- Voigt, Udo (2003): »Radio Freiheit im Gespräch mit Udo Voigt«. In: http://npd.de/npd_info/deutschland/2003/d0503-1.html, Stand: 14.07.2004.
- Volksdeutsches Erwachen (2004): <http://volksdeutsches-erwachen.org.co.nr>, Stand: 14.07.2004.
- Weingardt, Walerius 2003: »Potschemu ja golosowal proti«. In: *Ost-West-Panorama*, Nr. 7.
- Welt, Jochen (2004): »Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten«. In: <http://www.bmi.bund.de>, Stand: 14.07.2004.
- Wikinger-Versand (2003): »Russlanddeutsche?« Diskussion im Wikinger-Versand-Forum. In: <http://www.wikinger Versand.de/forum>, Stand: 10.02.2003.
- Wüst, Andreas (2002): *Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich.
- Wüst, Andreas (2003): »Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B52, S. 29-38.

Zurhausen, Guido (1989): »Aussiedler – Die Vertriebenen von heute«.
In: Marion Frantzioch et al. (Hg.), *40 Jahre Arbeit für Deutschland –
die Vertriebenen und Flüchtlinge*, Frankfurt am Main u.a.: Ullstein,
S. 44-55.

